



Antrag des UBV Salzburg

Für das Lenken von Hoftracs ist ein Staplerführerschein erforderlich. Immer mehr Bauernhöfe nutzen jedoch die Vorteile dieser Fahrzeuge. Den wenigsten Bäuerinnen und Bauern ist jedoch bekannt, dass ein Staplerführerschein erst ab dem 18. Lebensjahr erworben werden kann. Dadurch entsteht auf vielen Betrieben ein Dilemma: Zahlreiche Personen, die bereits einen Traktor- oder PKW-Führerschein besitzen, dürfen Hoftracs dennoch nicht lenken. Davon betroffen sind insbesondere Hofnachfolgerinnen und Hofnachfolger, Praktikantinnen und Praktikanten, aber auch die Bäuerinnen und Bauern selbst. Daher stellt der UBV Salzburg folgenden

Antrag

Die Landwirtschaftskammer Salzburg wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass der Staplerführerschein bereits im Zuge der Ausbildung zum Führerschein der Klasse F (Traktorführerschein) absolviert werden kann. Darüber hinaus ist das LFI anzuhalten, verstärkt Staplerführerscheinkurse anzubieten. Ebenso soll veranlasst werden, dass Schülerinnen und Schüler an landwirtschaftlichen Schulen bereits frühzeitig die Möglichkeit erhalten, einen Staplerkurs zu absolvieren. Dadurch kann das Unfallrisiko im Umgang mit Hoftracs – insbesondere für die bäuerliche Jugend sowie für Praktikantinnen und Praktikanten – deutlich reduziert werden.

Die LWK-Räte des UBV Salzburg

Josef Tiefenbacher | Gregor Götzinger | Peter Löcker | Johann Steiner

Salzburg, 29. Mai 2026



Antrag des UBV Salzburg

Der Milchpreis schwankt zunehmend und ermöglicht kleinstrukturierten Milchviehbetrieben oft keine kostendeckende Produktion mehr. Viele Betriebe sind gezwungen aufzugeben, sofern sie ihre betrieblichen Standbeine nicht verändern oder erweitern. Besonders im Berggebiet ist dies jedoch nur eingeschränkt möglich: Steile Flächen lassen sich häufig nicht mehr verpachten, und alternative Bewirtschaftungsformen sind nur schwer umsetzbar. Die Erhaltung der kleinstrukturierten Landwirtschaft muss daher weiterhin angestrebt werden, um auch künftig die Pflege und den Erhalt unserer Kulturlandschaft sicherzustellen. Daher stellt der UBV Salzburg folgenden

Antrag

Die Landwirtschaftskammer Salzburg wird aufgefordert, gemeinsam mit den Bäuerinnen und Bauern sowie den Molkereiunternehmen ein System für einen fairen Milchpreis für kleinstrukturierte Betriebe zu erarbeiten. Als mögliches Modell könnte beispielsweise für die ersten 20.000 Kilogramm Milch ein kostendeckender Milchpreis – ähnlich einer Fairtrade-Prämie / Österreichbonus, wie sie etwa im Kaffeesektor angewendet wird – vorgesehen werden. Ebenso wären gestaffelte Modelle denkbar, um kleinere Betriebe gezielt zu unterstützen.

Die LWK-Räte des UBV Salzburg

Josef Tiefenbacher | Gregor Götzinger | Peter Löcker | Johann Steiner

Salzburg, 29. Mai 2026



Antrag des UBV Salzburg

Der Einsatz von Antibiotika und Hormonen in der Rindermast ist in Brasilien weit verbreitet. Diese Mittel sind dort im Landhandel frei erhältlich und werden in teils besorgniserregendem Ausmaß eingesetzt. Im Zuge des Handelsabkommens Mercosur gelangt Fleisch aus dieser Produktion nach Europa, obwohl bestimmte Wirkstoffe – wie beispielsweise Östradiol – in der Europäischen Union bereits seit Jahren verboten sind. Auch aus anderen Ländern, wie zum Beispiel der Ukraine, kommen mit Pflanzenschutzmittel belastete Importe oder zigtausende Eier ohne Stempel, ohne Herkunftsnachweis und ohne Rückverfolgbarkeit. Daher stellt der UBV Salzburg folgenden

dringlichen Antrag

Die Landwirtschaftskammer Salzburg wird aufgefordert, sich bei den zuständigen Stellen für wirksame Kontrollen, in den Ländern aus denen die EU Agrargüter importiert, einzusetzen. Agrarimporte dürfen nur dann zugelassen werden, wenn sie unter denselben Auflagen, Kontrollen, Tierwohlstandards und gesetzlichen Vorgaben produziert werden wie innerhalb der Europäischen Union. Solange dies nicht gewährleistet ist, müssen entsprechende Importe untersagt werden. Ungarn verbietet bereits Importe aus der Ukraine.

Die LWK-Räte des UBV Salzburg

Josef Tiefenbacher | Gregor Götzinger | Peter Löcker | Johann Steiner

Salzburg, 29. Mai 2026



Antrag des UBV Salzburg

Das Renaturierungsgesetz wurde beschlossen, und in Österreich wird derzeit ein Plan für den Einsatz der vorgesehenen Mittel erarbeitet. Salzburger Bauernhöfe sollen frühzeitig die Möglichkeit erhalten, ihren Handlungsbedarf bekannt zu geben, um bei der Erstellung des Maßnahmenkatalogs berücksichtigt zu werden. Daher stellt der UBV Salzburg folgenden

Antrag

Die Landwirtschaftskammer Salzburg wird aufgefordert, gemeinsam mit Bäuerinnen und Bauern, NGOs, Bioverbänden und weiteren relevanten Organisationen einen Plan zu erarbeiten, welche wichtigen Maßnahmen im Rahmen der Renaturierung in Salzburg und auf Salzburger Bauernhöfen umgesetzt werden sollen. Die Ausarbeitung soll in regionalen Arbeitsgruppen in den einzelnen Bezirken erfolgen, da die Bedürfnisse und Herausforderungen in den Regionen unterschiedlich sind.

Die LWK-Räte des UBV Salzburg

Josef Tiefenbacher | Gregor Götzinger | Peter Löcker | Johann Steiner

Salzburg, 29. Mai 2026



Antrag des UBV Salzburg

Die Landespolitik möchte bei der Privatzimmervermietung nachschärfen. Mit dem neuen Gesetzesentwurf der Landesregierung, der klar auf die Stadt Salzburg zugeschnitten ist, um schärfer gegen illegale Vermietung vorzugehen, kann für die Privatvermieter am Land fatale Folgen haben und unter Umständen das Aus bedeuten. Wenn das durchgeht, soll die Genehmigung zur Privatzimmervermietung bei einer Übergabe nicht mehr erneuert werden und für neue Betriebe gibt es dann gar keine Genehmigungen mehr. Dabei ist die Privatzimmervermietung seit mehr als 100 Jahren fester Bestandteil der Region. Sie stellt einen wichtigen Teil des touristischen Angebots dar und ist für viele Familien zudem ein notwendiger Zuverdienst. Daher stellt der UBV Salzburg folgenden

Antrag

Die Landwirtschaftskammer Salzburg wird aufgefordert, in der oben genannten Angelegenheit im Interesse der ländlichen Bevölkerung bzw. der bäuerlichen Familienbetriebe zu handeln und sich bei der Landesregierung für eine gesetzliche Verankerung einer zeitgemäßen Privatzimmervermietung einzusetzen. Die Vermieterinnen und Vermieter sowie die bäuerlichen Betriebe brauchen Rechtssicherheit.

Die LWK-Räte des UBV Salzburg

Josef Tiefenbacher | Gregor Götzinger | Peter Löcker | Johann Steiner

Salzburg, 29. Mai 2026